

Bote von der Ybbs

Leitungsredaktion:

Ein Volk, ein Reich!

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags.

<p>Bezugspreis mit Postverendung:</p> <p>Ganzjährig 8 14.60 Halbjährig " 7.30 Vierteljährig " 3.75</p> <p>Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.</p>	<p>Schriftleitung und Verwaltung: Obere Stadt 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.</p> <p>Ankündigungen (Anzeigen) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen.</p> <p>Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.</p>	<p>Preise bei Abholung:</p> <p>Ganzjährig 8 14.— Halbjährig " 7.— Vierteljährig " 3.80</p> <p>Einzelpreis 30 Groschen.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Folge 10

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 10. März 1933

48. Jahrgang

Das neue Deutschland.

Der Sieg der nationalen Front. — Die N.S.D.A.P. 17.3 Millionen Stimmen und 288 Mandate. — Absolute Mehrheit der nationalen Rechten.

Unter den Klängen der Glocken von Königsberg zog das Morgenrot einer neuen Zeit herauf — der strahlende Tag des 5. Lenzmond hat Licht gebracht über Deutschland nach langer Winternacht. Die nationale Idee hat einen entscheidenden Sieg errungen über das verwirrende Geflüster boshafter Internationalisten und krankhafter Pazifisten. Das deutsche Volk hat sich für Hitler entschieden und frei ist nun der Weg für die Kräfte des Aufbaues.

Die Linksparteien sind geschlagen und geschwächt geht auch die Mitte aus dem Wahlkampf hervor. Vorwiegend das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, die sich sonst gut behaupteten, sind aus ihrer Schlüsselstellung in der deutschen Reichspolitik verdrängt. Die Eroberung Süddeutschlands durch die nationalsozialistische Bewegung ist bei dem Stand der Dinge um Bayern bzw. der süddeutschen Länder überhaupt und dem Reich kurz vor den Wahlen, nicht hoch genug einzuschätzen. Besonders die Herren Held und Schäffer werden nunmehr wohl ein gewaltiges Stück handeln lassen müssen und die Drohungen des süddeutschen Separatismus, in die Reichseinheit Bresche zu schlagen, werden wohl verstummen nach dem glänzenden Siege der Nationalsozialisten, in den süddeutschen Ländern, wo die Wählererschaft deutlich genug zeigte, daß sie ganz entschieden gegen die Mächten ist, die allzu parteipolitische Gehirne in der letzten Zeit ausspielten zum größten Schaden des Gesamtvolkes.

Der neue Preußenlandtag brachte der Regierung Hitler ebenfalls eine klare Mehrheit und die Epoche der Notlösungen und Notverordnungen ist beendet. Die Normalisierung des politischen Lebens im Reich und in Preußen wird sich jetzt rasch vollziehen.

Nachstehend das Wahlergebnis:
 Stimmenzahl 39,316.873 (35,409.718). Wahlbeteiligung 89 Prozent (80.6 Prozent). Es entfielen:

	Stimmen	Mandate
Nationalsozialisten	17,265.823 (11,737.015)	288 (196)
Sozialdemokraten	7,176.505 (7,247.959)	120 (121)
Kommunisten	4,845.379 (5,980.163)	81 (100)
Zentrum	4,423.161 (4,230.644)	73 (70)
Schwarz-weiß-rot	3,132.595 (2,959.051)	52 (51)
Bayerische Volkspartei	1,072.893 (1,095.427)	19 (18)
Deutsche Volkspartei	432.105 (661.794)	2 (11)
Christl.-soz. Volksdienst	384.116 (403.674)	4 (5)
Staatspartei	333.487 (336.451)	5 (2)
Bauernpartei	114.231 (144.002)	2 (3)
Landbund	83.828 (60.062)	1 (2)

Die Regierung Hitler auch im Preußen-Landtag die Mehrheit.

Bei den zugleich vorgenommenen Wahlen im Preußen-Landtag ergab sich ebenfalls eine absolute Mehrheit der Regierung Adolf Hitler. Der neue Preußen-Landtag wird 475 Mandate umfassen, gegen 423 des letzten Landtages. Davon entfallen auf die Nationalsozialisten 210 Mandate (163), Sozialdemokraten 79 Mandate (93), Kommunisten 63 Mandate, Zentrum 67 Mandate, Schwarz-weiß-rot 42 Mandate, Deutsche Volkspartei 4 Mandate, Volksdienst 4 Mandate, Staatspartei 3 Mandate.

Politische Uebersicht.

Deutschösterreich.

Die Sitzung des Nationalrates am vergangenen Samstag, in der es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Strafverfolgung gegen die Eisenbahner kam, nahm ein unerwartetes Ende. Die drei Präsidenten des Nationalrates, Dr. Renner, Dr. Ramek, Doktor

Straffner, haben, als sich das Haus über die Abstimmung der eingebrachten Anträge nicht einigen konnte, nacheinander ihre Stellen niedergelegt. Der österreichische Nationalrat hat nunmehr kein Präsidium und hat sich somit selbst aus dem politischen Betriebe ausgeschaltet. Dieser Rücktritt des gesamten Präsidiums ist in der österreichischen Parlamentsgeschichte ein Fall ohne Beispiel. Was nunmehr geschehen soll, ist noch unklar.

Die Lage hat insofern eine Verschärfung erfahren, als die gegenwärtige Regierung sich anschickt, eine Ausschaltung des Parlamentes zu erwirken und so eine Art Diktatur einzurichten, um vor allem die längst fälligen Neuwahlen, die man wie das höllische Feuer fürchtet, zu verhindern. Der österreichische Nationalrat hat sich bereits vor 10 Monaten für reif erklärt, sich nach dem Volkswillen zu verändern. Bis jetzt wurde dies von den gegenwärtigen Machthabern immer wieder unmöglich gemacht und alles mußte herhalten, um die sichere Niederlage so lange wie möglich hinauszuschieben. Gar jetzt, wo nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in Deutschland die Chancen dieser Parteigruppen auf dem Gefrierpunkt stehen. So scheint nun, man will das bedenkliche der Experimente aus der letzten Zeit wagen und auf kaltem Wege, d. h. durch Verordnungen, die politische Meinungsäußerung gewaltsam unterdrücken.

Der Putsch ist allerdings noch nicht verübt, doch die beiden Verordnungen der Regierung sind Vorbereitung dazu. Unter fadenscheinigen Vorwänden setzt sich die Regierung bedenkenlos über die Verfassung hinweg um, unverkennbar, gegen den Nationalsozialismus und gegen die nationale Bewegung überhaupt vorgehen zu können. Nicht, wie vorgegeben, um den Schutz der Wirtschaft handelt es sich oder gar der Sozialdemokratie die „starke Hand“ zu zeigen, sondern lediglich um den Schutz der Ministerfessel, die Verhinderung der Neuwahlen. Diese Methoden aber sind durchaus nicht dazu angetan, die nationale Welle der Erneuerung abzukühlen, sondern sie werden eher das Gegenteil bewirken, so daß in nicht mehr allzuferner Zeit das Aufbaumer einer neuen deutschen Zukunft auch in Österreich auf umso besser vorbereitem Boden begonnen werden kann.

Die diktatorischen Maßnahmen der Regierung sind von der Bevölkerung mit Ruhe und Gelassenheit aufgenommen worden in der Überzeugung, daß sich der neue Kurs bald selbst ad absurdum führen wird.

Amtlich wird mitgeteilt: Am Dienstag nachmittags fand ein außerordentlicher Ministerrat statt, der sich mit der durch die Parlamentskrise verursachten politischen Lage befaßte. Der Ministerrat beschloß den Text eines Aufrufes an das österreichische Volk. Darin wird von einem Versammlung und Aufmarschverbot, gültig bis auf weiteres für das ganze Bundesgebiet, Mitteilung gemacht und die Erlassung einer Verordnung mit geschändernder Kraft betreffend preßrechtliche Bestimmungen angekündigt. Als Begründung wird die wirtschaftliche Notlage angegeben. Wie die amtliche Mitteilung weiters angibt, begab sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß nach dem Ministerrat zum Bundespräsidenten, um ihm die Demission des Kabinettes mitzuteilen. Der Bundespräsident habe jedoch die Demission nicht zur Kenntnis genommen, die Regierung seines Vertrauens versichert und sie erjucht, die Geschäfte mit ruhiger Festigkeit fortzuführen und die innenpolitischen Verwirrungen baldmöglichst im Geiste der Verfassung zu entwirren.

Nach den letzten Meldungen hat die innerpolitische Entwicklung eine weitere Verschärfung erfahren, insofern, als Dr. Straßner, der letzte Präsident, entgegen dem Standpunkt der Regierung, den Nationalrat für Mittwoch den 15. März einberufen hat zur Wiederaufnahme und Schließung der letzten Sitzung und zur ordnungsmäßigen Übergabe der Präsidialagenden an das neu zu wählende Präsidium. Dr. Straßner erklärt, „weder durch Ministerratsbeschlüsse, noch durch amtliche Verlautbarungen kann eine klare Rechtslage geändert werden, die auf der Verfassung beruht. Mein Standpunkt bleibt unverändert und ebenso die Einberufung des Nationalrates.“

In politischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß die Regierung den am Mittwoch zur

Sitzung des Nationalrates ankommenden Abgeordneten den Zutritt zum Parlament mit Gewalt verwehren lassen wird.

Vergangenen Sonntag wurde die Hauptversammlung des Deutschösterreichischen Gewerbebundes abgehalten, in der nach längerer, zeitweise außerordentlich bewegter Debatte mit 477 gegen 128 Stimmen beschlossen wurde, den Gewerbebund als christlichsoziale Standesorganisation zu erklären. Diesem Beschlusse kommt nur mehr problematische Bedeutung zu. Der Hauptversammlung war eine leidenschaftliche Agitation in den Ortsgruppen des Deutschösterreichischen Gewerbebundes vorausgegangen. Die christlichsoziale Leitung des Gewerbebundes hat alles daran gesetzt, die Mitglieder der Ortsgruppen für die Politisierung des Gewerbebundes zu gewinnen. In Wirklichkeit existiert der Deutschösterreichische Gewerbebund in seiner früheren Form nicht mehr. Ein Teil der Ortsgruppen ist schon geschlossen zum Ständebund für Handel und Gewerbe übergegangen und zahlreiche Mitglieder vieler anderer Ortsgruppen haben sich dem Ständebund angeschlossen. Die Annahme des Politisierungsantrages in der Hauptversammlung, die nach den Vorbereitungen keineswegs überrascht, wird eine weitere Massenflucht der Gewerbetreibenden aus dem Deutschösterreichischen Gewerbebund zur Folge haben.

Deutsches Reich.

Die klare Entscheidung, die der Ausgang der Wahlen im Reich gebracht hat, läßt nun die Erregung des Wahlkampfes langsam abklingen. Am vergangenen Dienstag trat das Reichskabinett in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen, um zu der Lage nach den Wahlen Stellung zu nehmen. Zunächst erstattete der Kanzler einen Bericht über die durch die Wahlen vom 5. März geschaffene politische Situation. Er hob hervor, daß nunmehr eine großzügige Propaganda und Aufklärungsarbeit einsetzen müsse, damit keine politische lethargie aufkommt und daß diese Volksaufklärung von einer neu zu errichtenden Zentralstelle ausgehen müsse. (Diese dürfte mit Dr. Goebbels besetzt werden.) Ferner betonte der Reichskanzler die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik in Reich und Ländern. Schon in den nächsten Tagen würden weitere Maßnahmen zur Gesundung der Landwirtschaft sowie zur Beschaffung von Brot und Arbeit für die Arbeitslosen und Armen ergriffen werden.

Die Bereinigung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern auf Grund des Wahlergebnisses ist mit überraschender Schnelligkeit vor sich gegangen. Nach dem Eingreifen des Reiches in den Hanfstaädten und in Hefsen sind am Mittwoch auch in Sachsen, Württemberg, Baden und Schaumburg-Lippe Polizeikommissare eingesetzt worden. Damit ist die Polizei aller deutscher Einzelstaaten, nach den letzten Meldungen nunmehr auch in Bayern, fest in der Hand der Regierung Hitler.

Der Reichstag soll, wie nun gemeldet wird, doch schon am 21. März in der Potsdamer Garnisonskirche zusammentreten. Der feierliche Festakt wird seine besondere Weihe durch eine Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten erhalten. Es ist dies, abgesehen von der Vereidigung beim Amtsantritt, das erstmalig, daß der Reichspräsident an einer Sitzung des Reichstages teilnimmt. Im Grunde handelt es sich ja auch mehr um eine gemeinsame Veranstaltung des Staatsoberhauptes und der Reichsregierung. Hitlers Erklärungen werden sich daher nach Form und Inhalt diesem Rahmen anpassen. Für die Kroll-Doper als eigentlichen Tagungsort des Reichsparlamentes hat man sich nicht zuletzt wohl auch deshalb entschieden, weil die Fraktionsräume, die Bibliothek, der Lesesaal, vor allem aber auch die Reichstagsdruckerei, beim Brande des Wallot-Baues unversehrt geblieben sind und von dem Kroll-Etablissement aus in wenigen Minuten erreicht werden können. Am Theater selbst werden zudem größere Umbauten nicht notwendig sein.

Auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat wurden die Räume des Karl Liebknecht-Hauses, der bisherigen Hochburg der kommunistischen Partei, mit dem darin befindlichen Inventar der Ver-

Wochenschau

Der bisherige französische Gesandte in Wien, Paul Clauzel, wird voraussichtlich Botschafter in Bern. Sein Nachfolger in Wien wird der frühere Presschef im Außenministerium, Bargelon, sein.

Die Direktion der Wiener Staatsoper plant ein Dirigentengastspiel Arturo Toscaninis. Toscanini würde sich hiefür eine Probenarbeit von drei bis vier Wochen ausbedingen.

Der Papst hat der Eheschließung des Erzherzogs Albrecht mit der geschiedenen Frau des Sofioter ungarischen Gesandten Bela Rudnay nachträglich seine Genehmigung erteilt. Durch einen angeblichen Formfehler bei der ersten Ehe war dies möglich.

Dieser Tage wurde die Kanzleioffizialin Albertine Lorenz der Steuerstrafabteilung verhaftet. Sie hat den ehemaligen Generaldirektor Dr. Schechner der Meinel-G. wiederholt vor Steuerrevisionen gewarnt, so daß alle ergebnislos verliefen. Über den Grund ihrer Handlungsweise befragt, gab sie an, daß sie die Wiedereinstellung ihres abgebauten Gatten in den Meinelwerken erwirken wollte. Dr. Kurt Schechner wurde wegen der Beihilfe zum Amtsmißbrauch angezeigt.

In Wien ist der verdienstvolle Pionier der österreichischen Alpenbahnen und ihres Tunnelbaues, Staatsbahndirektor a. D. Hofrat Dr. Ing. Karl Johann Wagner, im 83. Lebensjahre gestorben. Wagner war Mit-erbauer des Simplontunnels, des Tauern-Tunnels und hat auch sonst wichtige Bahnbauten durchgeführt.

In Wien wurde vor einigen Tagen ein Mann von orientalischem Aussehen wegen Bedenkllichkeit angehalten. Es ist dies der angebliche Journalist Abdul Ali Khan af Char aus Teheran. Abdul Ali Khan gibt an, daß sein Vater, der Kammerjunker des entthronten Schah von Persien war, von den Bolschewiken ermordet worden ist. Er selbst trieb sich in ganz Europa herum und dürfte von Hochstapeleien und Betrug leben.

Radioprogramm vom 13. bis 19. März 1933.

Table with columns for dates (Montag den 13. März, Dienstag den 14. März, Mittwoch den 15. März, Donnerstag den 16. März, Freitag den 17. März, Samstag den 18. März, Sonntag den 19. März) and corresponding radio programs with times.

Auch Ihre Gesundheit



Ihr körperliches Gedeihen beginnt bei den — Kochgeschirren! Schlechte, unsaubere, unhygienische Geschirre sind Feinde Ihres Wohlbefindens! Betrachten Sie nicht länger die Kochgeschirre als die Aschenbrödel Ihrer Küche! Glauben Sie nicht, daß zur Zubereitung der Ihrem Körper dienlichen Nahrung gerade das Billigste und Schlechteste, was Sie am Markte finden, gut genug ist!

Sie würden sich schwer täuschen, denn nur das Beste ist gerade gut genug, Ihrem Wohlbefinden zu dienen! Email ist Glas! Als solches oxydiert es nicht, ist spielend leicht zu reinigen und daher vom Standpunkt der Hygiene das idealste Material für Kochgeschirre. Der modernen Technik ist es gelungen, das Glas in einer den Anforderungen des Kochgebrauches entsprechenden einwandfreien und haltbaren Zusammensetzung — das Qualitätsemail — herzustellen.

Aber Emailgeschirr ist ein Vertrauensartikel!

Glauben Sie ja nicht, daß alle Emailgeschirre gleichwertig sind! Lassen Sie sich nicht täuschen von der „Billigkeit“ minderer Ware. Sie verschwenden Ihr Geld, denn nicht mit der Preisziffer, sondern mit dem Qualitäts- und Gebrauchswert müssen Sie rechnen!

Nur die Qualitätsmarke kann den Anforderungen, die an Email-Kochgeschirr gestellt werden, entsprechen! Nur die Qualitätsmarke kann als einwandfreies Werkzeug in den Dienst Ihres Wohlbefindens gestellt werden und spart Ihnen an Dauerleistung mehr Geld, als Sie sonst für minderwertige Ware hinauswerfen!

Nur die Qualitätsmarke Die anerkannt erstklassige österreichische Qualitätsmarke

RIESSWERKE

hat in jedem größeren Orte ihre Verkaufsstellen. Das Email ist vom staatl. Lebensmitteluntersuchungsamt geprüft und garantiert frei von giftigen oder sonst schädlichen Bestandteilen. Achten Sie beim Einkauf von Emailgeschirr auf die Markenbezeichnung! „Riesswerke“ ist in jedem Stück eingebraunt.

Versteigerungs-Edikt.

Am 8. April 1933, vormittags 9 Uhr, findet beim gefertigten Gerichte, Zimmer Nr. 13, die

Zwangs-Versteigerung

der Liegenschaft: Haus Nr. 1 mit 41 Joch Gründen in Toberstetten, Grundbuch Toberstetten, Einl.-Z. 23, statt.

Schätzwert S 49.439.97, Wert des Zubehörs S 13.965.50, geringstes Gebot S 32.960.—.

Rechte, welche diese Versteigerung unzulässig machen würden, sind spätestens beim Versteigerungstermine vor Beginn der Versteigerung bei Gericht anzumelden, widrigens sie zum Nachteile eines gutgläubigen Erstehers in Ansehung der Liegenschaft nicht mehr geltend gemacht werden könnten.

Im übrigen wird auf das Versteigerungsedikt an der Amtstafel des Gerichtes verwiesen.

Bezirksgericht Amstetten, am 22. Februar 1933.

Table with columns for dates (Freitag den 17. März, Samstag den 18. März) and corresponding radio programs with times.

